

## **A N T R A G**

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Steinkohlenausstieg 2010 – Planungssicherheit für alle Saarländerinnen und Saarländer

Der Landtag wolle beschließen:

Durch die Bergbaugespräche auf Bundesebene, an denen auch das Saarland beteiligt ist, geriet auch das Datum für einen verbindlichen Ausstieg aus dem deutschen Steinkohlenbergbau im Allgemeinen und speziell am Standort Saar wieder in die Diskussion. Die beteiligten bundes- und landespolitischen Akteure sollten die Chance nutzen und erkennen, dass ein Wechsel in der Energiepolitik dringend geboten ist, zumal sich die deutsche Steinkohle in den letzten Jahrzehnten von einer Quelle des Wohlstandes zu einer Quelle ständiger Belastungen entwickelt hat. Dies gilt gerade auch im Saarland. Denn die Lasten, die bei der Ausbeutung der heimischen Steinkohlenvorkommen entstehen, sind vom Wert des Geförderten schon längst nicht mehr gedeckt.

Es ist volkswirtschaftlich kontraproduktiv, den Steinkohlenbergbau an der Saar über massive Finanzhilfen des Bundes weiter künstlich am Leben zu halten. Das Saarland braucht weder aus energiepolitischen, noch aus anderen Gründen einen Steinkohlenbergbau – im Gegenteil: Der notwendige Strukturwandel wird dadurch immer weiter hinausgezögert. Zwar mag das einzige saarländische Bergwerk weniger unwirtschaftlich sein als andere deutsche Bergwerke, jedoch nur aus einer betriebswirtschaftlichen Perspektive und unter Rahmenbedingungen, bei denen sich das Unternehmen nicht am freien Markt bewähren muss und externe Kosten nicht berücksichtigt werden.

Der schnellstmögliche Ausstieg ist daher volkswirtschaftlich geboten, zumal es im Sinne eines zukunftsfähigen Strukturwandels ist, wenn die Subventionen des Bundes umgewidmet und zum Nutzen des gesamten Saarlandes, speziell seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt werden. Für den Übergang muss gewährleistet sein, dass die Interessen aller angemessen berücksichtigt werden. Dies gilt sowohl für die im Bergbau Beschäftigten, aber auch für die vom Bergbau Betroffenen. Die Planungssicherheit für alle Beteiligten muss gewährleistet sein. Durch die Umwidmung der Finanzmittel muss den Bergleuten ein sozialverträglicher Ausstieg ermöglicht, den Geschädigten unbürokratisch geholfen und die verbleibenden Mittel im Sinne einer innovativen Struktur- und Wirtschaftspolitik für das Saarland eingesetzt werden.

Deshalb fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf:

- das geregelte und sozialverträgliche Auslaufen des Bergbaus im Saarland in die Wege zu leiten, indem ein verbindliches Ausstiegsszenario mit dem Ausstiegstermin 2010 von der Landesregierung entwickelt und bei den Verhandlungen auf Bundesebene eingebracht wird, das allen Beteiligten Planungssicherheit gewährt;
- sich dafür einzusetzen, dass eine Umwidmung von bisherigen Steinkohlesubventionen zu Strukturhilfen für die Wirtschaft des Saarlandes und Anpassungshilfen für ehemalige Bergleute erfolgt.

**B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.